

1. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist ein Angriffskrieg gegen ein souveränes Land. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen. DIE LINKE als Friedenspartei lehnt jeden Bruch des Völkerrechts und Krieg als Mittel der Politik entschieden ab. Krieg löst Probleme nicht, sondern verschärft diese.
2. Wir hatten die Aggressivität der russischen Führung unterschätzt. Großrussische imperiale Ansprüche lehnen wir ebenso ab, wie jede andere gewaltsame Veränderung der Grenzen in Europa.
3. Unsere Solidarität gehört allen Menschen in der Ukraine, die unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden haben. Wir haben aber auch großen Respekt für die Menschen in Russland, die ihren Widerstand gegen die russische Regierung bekunden. Wir stehen an der Seite derjenigen, die gegen diesen Krieg auf die Straße gehen.
4. Unser Ziel sind Friedensverhandlungen, die in Europa zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur des Friedens und der Abrüstung unter Einschluss von Ukraine und Russland münden.
5. Wir befürworten auch, durch Sanktionen auf die herrschenden Kreise in Russland Druck auszuüben.
6. Wir befürchten, dass eine Eskalation des Ukraine-Kriegs – insbesondere eine direkte militärische Konfrontation zwischen NATO-Staaten und Russland – Europa und die Welt in einen Weltkrieg unter Einsatz nuklearer Waffen stürzen könnte. Das würde niemandem helfen und zusätzlich das Leben von vielen Millionen Menschen bedrohen, auch hier in Deutschland.
7. Wir lehnen die Schaffung eines Sondervermögens von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr, die jetzt nach dem Willen der Ampelkoalition gemeinsam mit der CDU im Grundgesetz verankert werden soll, entschieden ab. Der Schrecken des Krieges wird gezielt missbraucht, um eine bisher gesellschaftlich nicht vermittelbare, massive Aufrüstung durchzusetzen. Dadurch würde Deutschland das Land mit den drittteuersten Streitkräften der Welt nach den USA und China. Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik ohne breite gesellschaftliche Debatte und Willensbildung zu beschließen, ist ein demokratiepolitischer Skandal. Als einzige im Bundestag vertretene Partei bekennen wir uns weiterhin klar zum Ziel gemeinsamer Sicherheit und fordern

eine aktive Friedenspolitik. Wir wollen denen eine parlamentarische Stimme geben, die hier und an vielen anderen Orten der Republik gegen diese Pläne kämpfen.

8. Statt eines Aufrüstungsprogramms benötigen wir dieses Geld dringend für die sozial-ökologische Transformation. Gerade die Diskussionen um unsere Abhängigkeit von russischem Öl und Gas machen deutlich, wie wichtig eine radikale Wende hin zu erneuerbaren Energien ist.
9. Außerdem zeigen die Streiks an den Unikliniken der letzten Wochen, der Kampf gegen die Schließungen von Krankenhäusern, die Tarifaueinandersetzungen der Erzieher*innen, die Demonstrationen von Schüler*innen vor den Rathäusern gegen marode Schulen und fehlende Schulplätze u.s.w, diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen: Selbst wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wie z.B. Gesundheit, Erziehung und Bildung sind völlig unterfinanziert. Beschäftigte in diesen Bereichen arbeiten an den Grenzen der Belastbarkeit und zu Löhnen, die nicht auskömmlich und diesen Belastungen nicht angemessen sind.

Von daher ist es gut und den Organisator*innen der heutigen Kundgebung zu danken, dass wir heute zeitgleich mit den Beschäftigten der Uni-Kliniken demonstrieren und gemeinsam gegen das 100 Mrd.-Rüstungs-Programm und für massive Investitionen in die soziale Infrastruktur und die ökologische Transformation der Gesellschaft streiten.